

## **Poststellen erhalten die Standortattraktivität**

Im Kanton Schaffhausen ist der Umbau des Poststellennetzes schon weit fortgeschritten. Nun sind weitere Poststellen vom Abbau bedroht. Im unteren Klettgau soll anscheinend die letzte verbleibende Poststelle geschlossen werden. Selbstverständlich muss die Post mit der Zeit gehen und sich den Gewohnheiten der Bevölkerung anpassen. Wir alle schreiben weniger Briefe und machen seltener Einzahlungen bei der Post. Doch die Post bietet auch Dienstleistungen an, die für die moderne Gesellschaft unerlässlich sind. Mit dem Online-Handel hat der Paketversand enorm zugenommen, auch das ist eine Realität. Als Ersatz für Poststellen werden Agenturen in Lebensmittelgeschäften eröffnet. Doch viele wichtige Dienstleistungen wie Bareinzahlungen und Massenversand werden von diesen Agenturen nicht angeboten. Mit dem Verlust der Poststelle, verlieren Gemeinden oder Quartiere an Attraktivität für das Gewerbe. Viele Firmen sind auf die Nähe zur Post angewiesen. Im unteren Klettgau besteht sogar die Gefahr, dass Weinbauunternehmen wegen den zunehmenden Online-Bestellungen auf private Lieferservice ausweichen. Damit demontiert sich die Post gleich selber.

Im Bundesparlament hat sich viel Widerstand gegen die Poststellenschliessungen formiert. Mehrere Vorstösse und Standesinitiativen wurden eingereicht. Die Post hat auf den grossen Druck bereits reagiert. Sie hat signalisiert, gewisse Anliegen der Bevölkerung aufzunehmen und versprochen, das Dienstleistungsangebot in den Agenturen zu erweitern. Noch wurden diesbezüglich keine Entscheidungen getroffen. Die Schaffhauser Standesinitiative ist wichtig um unseren Anliegen Nachdruck zu verleihen. Der Umbau des Poststellennetzes kann nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung erfolgen. Die Post wird das Abstimmungsresultat in Schaffhausen sehr genau analysieren. Je grösser der Widerstand, desto zurückhaltender werden die Abbaupläne umgesetzt. Mit einem Ja zur Postinitiative am 10. Juni unterstützen wir die Standortattraktivität in Gemeinden und Quartieren.

27.5.2018; Martina Munz, Nationalrätin